Rüsselsheim, den 19.02.2021

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 11.02.2021 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

TEIL I

TOP 2 Änderung der Richtlinien und Wahlordnung zur Wahl der Seniorenvertretung
Bezug: Vorschlag der Seniorenvertretung vom 06.11.2020
DS-Nr. 828/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 828/16-21 – Änderung der Richtlinien und Wahlordnung zur Wahl der Seniorenvertretung; Bezug: Vorschlag der Seniorenvertretung vom 06.11.2020 – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 3 Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Rüsselsheim am Main nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO)
DS-Nr. 826/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 826/16-21 – Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Rüsselsheim am Main nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO) – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 4 Frauenförder- und Gleichstellungsplan des Eigenbetriebs Kultur123 Stadt Rüsselsheim für den Zeitraum 2021 bis 2026
DS-Nr. 822/16-21

Zur DS 822/16-21 – Frauenförder- und Gleichstellungsplan des Eigenbetriebs Kultur123 Stadt Rüsselsheim für den Zeitraum 2021 bis 2026 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 5 Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) vhs bei Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 823/16-21

Zur DS 823/16-21 – Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) vhs bei Kultur123 Stadt Rüsselsheim – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 6 Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) Kultur & Theater bei Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 824/16-21

Zur DS 824/16-21 – Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) Kultur & Theater bei Kultur123 Stadt Rüsselsheim – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.2. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 7 Sportförderung
Bezug: Antrag Nr. 23 der SPD-Fraktion vom 31.01.2018
DS-Nr. 821/16-21

Zur DS 821/16-21 – Sportförderung; Bezug: Antrag Nr. 23 der SPD-Fraktion vom 31.01.2018 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 8 Bezuschussung des Stadtteilvereins Dicker Busch e.V.
DS-Nr. 829/16-21

Zur DS 829/16-21 – Bezuschussung des Stadtteilvereins Dicker Busch e.V. – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.4. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B.1. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TEIL II

TOP 9 Bericht des Akteneinsichtsausschusses

Frau Stadtv. Kropp, Vorsitzende des Akteneinsichtsausschusses, erstattet den Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses betreffend den Städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Rüsselsheim am Main und den Firmen RAB GmbH & Co. KG und RCD GmbH & Co. KG.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis, der dem Protokoll in der Anlage beigefügt ist.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen legen eine Stellungnahme zu dem Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses vor.
Diese Stellungnahme ist dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

TOP 10 Neubauten Kita Hans-Sachs-Straße und Kita Georg-Jung-Straße
hier: Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen nach Abschluss der Vorentwurfsplanung
Bezug: DS-Nr. 384/16-21 (Kita – Standortsuche Ergebnisse der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe und weiteres Vorgehen)
DS-Nr. 834/16-21

Zur DS 834/16-21 liegen folgende Anträge/Änderungsanträge vor:

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2021
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.02.2021
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 10.02.2021

Frau Stadtv. Steinborn beantragt, in dem Text des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 10.02.2021 das Wort „mindestens“ einzufügen.
Mit dieser Änderung ist die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität einverstanden.

Die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge/Änderungsanträge und über die DS 834/16-21 erfolgen in der nachfolgend aufgeführten Reihenfolge.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2020:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Passus „Energiekonzept“ der DS 834/16-21 wird im zweiten Absatz wie folgt geändert:

„Der beschlossene Passivhausstandard wird umgesetzt. Dafür werden Mittel aus dem Corona-Sondervermögen für Klimamaßnahmen beantragt, mit denen Maßnahmen in Klima-Kommunen zu 100 % gefördert werden.

Nutzende der Einrichtungen werden in den sachgerechten Umgang mit Bauten in Passivhausweise eingewiesen.“

wird mit 22 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 10.02.2021 in geänderter Form:

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

*„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Neubauten der beiden Kitas **mindestens** im Energiestandard KfW 55 durchzuführen.“*

wird einstimmig **beschlossen.**

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.02.2021:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

„1.) Die Vorplanungen in Höhe von je 6 Millionen € werden nicht weiterverfolgt.

2.) Der Magistrat wird beauftragt, die bestehenden Planungen für die Ausschreibung einer Modulbauweise nach KFW 40 Standard vorzubereiten und

3.) diese in einem Vergabeverfahren (beschränkte Ausschreibung mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb) durchzuführen.

4.) Der Bauantrag für beide Kitas wird parallel zur Ausschreibung eingereicht.

5.) Eine Förderung der Planungs- und Baubegleitungsleistungen (inkl. Nachweis des KfW-Effizienzgebäudes) sind bei der KfW zu beantragen.

6.) Ab dem 01.07.2021 werden die neuen Förderkredite und Zuschüsse der „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)" für die beiden Kitas nach KfW40 Standard beantragt.

7.) Die Vergabe/Vertragsunterzeichnung erfolgt nach dem Antrag bei der KfW und damit nach dem 01.07.2021.

8.) Die Fertigstellung der beiden Kitas wird für ‚Ende 2022 geplant und nicht wie in der Vorlage angegeben im 2. Quartal 2023.

9.) Der Magistrat bemüht sich um weitere Fördermittel für beide Kitas von Land und Bund."

wird mit 14 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung **abgelehnt.**

Abstimmung über die DS 834/16-21:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung folgenden Beschluss:

I. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

1. das Ergebnis der Vorentwurfsplanung gemäß Anlage 1 (Georg-Jung-Straße) und Anlage 2 (Hans-Sachs-Straße) mit der zugehörigen Kostenschätzung (D. Kosten/Folgekosten),
2. die Gesamtkosten zum Neubau pro Kindertagesstätte in Höhe von voraussichtlich 6 Mio. € inkl. Baupreissteigerung und Risiko,
3. die Folgekostenschätzungen für beide Baumaßnahmen Anlage 3 (Georg-Jung-Straße) und Anlage 4 (Hans-Sachs-Straße)
4. die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltplan entsprechend zur Verfügung,
5. die voraussichtliche Verwendung von Fördermitteln des Landesinvestitionsprogrammes „Kinderbetreuung" 2020-2024 in Höhe von ca. 1,5 Mio. EUR für die Maßnahme Georg-Jung-Straße.
6. den Kostenvergleich verschiedener KITA-Bau-Projekte (Anlage 5)

II. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die vorliegenden Vorentwurfsplanungen zum Neubau der beiden Kindertagesstätten Hans-Sachs-Straße und Georg-Jung-Straße freigegeben werden.

TOP 11 Musikalische Bildung in Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim am Main DS-Nr. 837/16-21

Herr Stadtv.Vorsteher Grode teilt mit, dass die DS 837/16-21 im Teil II der heutigen Tagesordnung aufgerufen wird, da über die Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses mit einem ergänzenden Beschlusspunkt 3. im Haupt- und Finanzausschuss nicht abgestimmt wurde.

Beschluss zur DS 837/16-21:

Zur DS 837/16-21 – Musikalische Bildung in Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim am Main – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.6. zur Kenntnis, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, und fasst gemäß Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses einstimmig bei 4 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,
1. das Projekt Musikalische Bildung in Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim am Main bis zum Jahresende 2021 zu verlängern.
2. zur Finanzierung der so entstehenden Mehraufwendungen den Sperrvermerk auf dem Sachkonto 7175212 (Kostenstelle 060446400) aufzuheben, sodass im Haushaltsjahr 2021 Mittel in Höhe von 78.023 Euro zur Verfügung stehen.
3. *Bei der Erarbeitung der angekündigten Vorlage im 3. Quartal 2021 sind die freien und konfessionellen Kindertagesstätten in Rüsselsheim am Main zu berücksichtigen. Ziel hierbei ist, die Teilnahme der freien und konfessionellen Kindertagesstätten an dem Projekt der musikalischen Bildung genau wie den städtischen Kindertagesstätten zu ermöglichen*.

TOP 12 Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021 - Bericht zu den nichtbearbeiteten Anträgen und Anfragen in der Wahlperiode 2016 bis 2021

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021 vor sowie ein Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 10.02.2021 hierzu.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 10.02.2021 zum Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„Neuer Punkt 2:

Mit den nicht bearbeiteten Vorschlägen (Anträgen) der Ortsbeiräte wird ebenso verfahren. Zukünftig werden diese in das halbjährliche Berichtswesen einbezogen.

Punkt 2 wird zu Punkt 3.“

wird einstimmig **beschlossen.**

Abstimmung über den Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021 einschl. der zuvor beschlossenen Änderung:

Der Antrag der Fraktion WsR:

„1. Der Magistrat legt bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht zu den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen, aber von ihm nicht bearbeiteten Anträgen vor. Der Bericht umfasst einen aktuellen Sachstand zu den Anträgen und die Gründe für die nicht erfolgte Bearbeitung.

2. Mit den nicht bearbeiteten Vorschlägen (Anträgen) der Ortsbeiräte wird ebenso verfahren. Zukünftig werden diese in das halbjährliche Berichtswesen einbezogen.

3. Der Magistrat legt bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht zu den unbeantworteten Anfragen der Fraktionen und Stadtverordneten vor. Der

Bericht umfasst einen aktuellen Sachstand zu den Anfragen und die Gründe für die nicht erfolgte Bearbeitung.“

wird einstimmig **beschlossen.**

Protokollnotiz:
Herr Stadtv. Metz fragt, wie mit den Anträgen und Anfragen verfahren wird, die nicht bis zum Legislaturende am 31.03.2021 vom Magistrat beantwortet werden können.
Werden diese automatisch in die neue Legislatur übertragen oder müssen sie erneut gestellt werden?
Herr Oberbürgermeister Bausch sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

TOP 13 Anfragen und Mitteilungen

Gemäß Vereinbarung im Ältestenrat werden die Anfragen schriftlich vorgelegt.

Es liegen die beigefügten Anfragen der CDU-Fraktion vor.
Diese werden vom Magistrat schriftlich beantwortet.

Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses

Am 16.08.2020 beantragte die Fraktion „Unabhängige Liste – UL“ die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses betreffend dem Städtebaulichen Vertrag zwischen Stadt Rüsselsheim und den Firmen RAB GmbH & Co. KG und RCD GmbH & Co. KG.

Rechtsgrundlage ist § 50 Abs. 2 HGO.

Zu diesem Antrag wurde ein Änderungsantrag und Ergänzungsantrag der CDU am 10.09.2020 gestellt. Herr Stadtv. Krug schlägt während der Stadtverordnetenversammlung eine weitere Ergänzung des Antrages der Fraktion UL vor.

Die Stadtverordnetenversammlung einigte sich darauf, den Antrag der Fraktion UL einschl. der Ergänzung des Herrn Stadtv. Krug wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet“.

Der Gegenstand der Einsicht sind alle Akten, Dokumente sowie sonstige Unterlagen (Protokolle, Gesprächsnotizen u. ä.) betreffend städtebaulichen Vertrag zwischen Stadt Rüsselsheim und den Firmen RAB GmbH & Co KG und RCD GmbH & Co KG.

Zweck ist die Klärung der Verantwortlichkeiten für die Einfügung der beiden §§ 5.6 und 5.7 in den städtebaulichen Vertrag nach dessen Verabschiedung in der Stadtverordnetenversammlung.“

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig, dass dem Akteneinsichtsausschuss 17 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung angehören sollen. Die Sitzverteilung der Fraktionen soll analog der Sitzverteilung in den Fachausschüssen erfolgen und im Benennungsverfahren gebildet werden.

Die rechtliche Stellung des Akteneinsichtsausschusses ist in §§50,62 HGO geregelt.

Auf der Grundlage dieser Beschlussfassung wird der Akteneinsichtsausschuss im Benennungsverfahren gebildet. Von den Fraktionen wurden folgende Stadtverordnete benannt:

<u>Fraktion Christlich Demokratische Union Deutschlands (5)</u>

Frau Stadtverordnete Heide Böcker	Mitglied
Frau Stadtverordnete Christine Hempel	Mitglied
Herr Stadtverordneter Luca Sören Karger	Mitglied
Frau Stadtverordnete Stefanie Kropp	Vorsitzende
Herr Stadtverordneter Matthias Metz	Mitglied

<u>Fraktion Sozialdemokratische Partei Deutschlands (4)</u>

Frau Stadtverordnete Sanaa Boukayeo	Mitglied
Herr Stadtverordneter Wilfried Philipp Hauf	Mitglied
Herr Stadtverordneter Olaf Kleinböhl	Mitglied

Herr Stadtverordneter Frank Tollkühn	stellv. Vorsitzender

Fraktion Wir sind Rüsselsheim (2)

Herr Stadtverordneter Ioannis Kalaitzis	Mitglied
Herr Stadtverordneter Joachim Walczuch	Mitglied

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (2)

Frau Stadtverordnete Maria Schmitz-Henkes	Mitglied
Frau Stadtverordnete Birgit Steinborn	Mitglied

Fraktion Die Linke/Liste Solidarität (1)

Herr Stadtverordneter Heinz-Jürgen Krug	Mitglied

Fraktion Freie Demokraten (1)

Herr Stadtverordneter Abdullah Sert	Mitglied

Fraktion FREIE WÄHLER / Forum Neues Rüsselsheim (1)

Herr Stadtverordneter Robert Adam-Frick	Mitglied

Fraktion Unabhängige Liste (1)

Herr Stadtverordneter Michael Flörsheimer	Mitglied

Es fanden 5 Sitzungen des Akteneinsichtsausschusses zu folgenden Terminen statt:

- Konstituierende Sitzung am Montag, 26.10.2020 im Rathaus Rüsselsheim (Ratssaal)
- 2. Sitzung am Mittwoch, 11.11.2020 Am Treff11 (Verwaltungsgebäude Raum 01/02)
- 3. Sitzung am Mittwoch, 25.11.2020 Am Treff11 (Verwaltungsgebäude Raum 01/02)
- 4. Sitzung am Dienstag, 12.01.2021 im Rathaus Rüsselsheim (Ratssaal)
- 5. Sitzung am Dienstag, 01.02.2021 im Rathaus Rüsselsheim (Ratssaal)

Der Akteneinsichtsausschuss tagte stets öffentlich.

In der konstituierenden Sitzung wurde diskutiert, wie die Arbeit des Akteneinsichtsausschusses unter Berücksichtigung der Corona-Lage erfolgen kann. Nach ausführlichem Austausch wurden die Möglichkeiten der Sichtung der Akten in Gruppenarbeit oder die Vervielfältigung der Ordner für alle Mitglieder des Ausschusses zur Abstimmung gestellt. Mehrheitlich entschied sich der Ausschuss für die 17-fache Vervielfältigung der Akten. Die Vervielfältigung soll nicht die den Stadtverordneten bereits vorliegenden B-Plan-Unterlagen umfassen.

Dem Akteneinsichtsausschuss standen folgende Akten zur Einsichtnahme zur Verfügung:

A. Unterlagen des Fachbereiches Umwelt und Planung

1. Ordner 11: Vertrag ab 2020 Finalisierung nach Offenlage
2. Ordner 9V: Offenlage 2019 / 2020 + Bürgerversammlung

B. Handakte Herr Stadtrat Kraft

Ein Ordner: Akte zur Aufarbeitung der Offenlage

In der ersten Sitzung wurden nicht alle Akten vollumfänglich vorgelegt. Die beiden Ordner 4 und 6 wurden erst nach Aufforderung in der zweiten Sitzung zur Verfügung gestellt und erst zur 3. Sitzung für alle Ausschussmitglieder kopiert nachgeliefert.

Die Aktenorder wurden in der zweiten Sitzung nicht analog der Originalakten geklammert, dies erschwerte die Lesbarkeit.

C. 1. Ordner 4: Opel-Altwerk – Motorworld ab 2018
2. Ordner 6: Altwerk – AN-B-Plan III ab 2019

In der 3.Sitzung stehen nunmehr die 5 Ordner für alle Ausschussmitglieder zur Verfügung.

Es stellte sich die Frage, warum beim ersten Termin (26.10.2020) Akten – insbesondere in der „Handakte Kraft" - erst ab dem Datum der Veröffentlichung der Einfügung zweier Paragraphen durch die Linke/Liste Solidarität zur Verfügung standen. Denn gerade auf die Geschehnisse und Aktivitäten zwischen dem Beschluss zur Offenlegung durch die StVV (13.2.2020) und dem Hinweis auf die Einfügung war gemäß Auftrag für den Akteneinsichtsausschuss besondere Aufmerksamkeit zu richten. Herr Stadtrat Kraft berichtet, dass er zum Zwecke der Aufklärung am 15.05.2020 begonnen hat, die Handakte zu führen.

Ebenso hätten auch die Akten aus dem Zeitraum vor dem 13. Februar 2020 als Vorgeschichte der Beschlussvorlage zur Verfügung stehen müssen. Dies geschah erst nach expliziter Aufforderung zur zweiten Sitzung.

Alle Ausschussmitglieder hatten während der Sitzungen des Akteneinsichtsausschusses Gelegenheit Fragen zu den Akteninhalten zu stellen.

Alle Fragen zu den Akteninhalten wurden von Seiten der Verwaltung beantwortet.

Der Ausschuss trifft folgende Feststellung:

Qualität der vorgefundenen Unterlagen/ Auffälligkeiten in den Unterlagen:

1. Einige Aktenseiten waren nicht nummeriert, was laut Protokoll nachgebessert und in einer Stellungnahme der Verwaltung dokumentiert wurde.

2. Fehlende Unterlagen:
   a. Ordner 4, S. 1029, E-Mail vom 25.09.2019 von Herrn RA Dr. Rautenberg an Herrn Kohmann und CC an Herrn Schulz mit dem Inhalt „In der Anlage der von mir geprüfte und in ihrem Sinn überarbeitete Vertrag." Der Vertrag fehlt.
   b. Ordner 4, S. 1150, E-Mail vom 02.04.2019 von Herrn Vogel an Frau Fey mit dem Inhalt „Wie gewünscht schicke ich ihnen eine Pressemitteilung". Die Pressemitteilung fehlt.
   c. Ordner 4, S. 1172, E-Mail vom 20.02.2019 von Frau Jenal an Herrn Kohmann mit dem Inhalt „Vielen Dank für das Angebot, das wir mit beigefügtem Auftaktschreiben (geht heute per Post raus) annehmen." Das Angebot sowie das Auftaktschreiben fehlen.
   d. Ordner 4, S. 1246, Schreiben des RP an die Stadt Rüsselsheim vom 18.06.2018 mit dem Betreff „Ihre Anfrage zum Thema Wohnen im Altwerk, E-Mail vom 3. Mai 2018". Die erwähnte E-Mail vom 3. Mai 2018 fehlt.
   e. Ordner 9, S. 98, E-Mail vom 30.01.2020 von Herrn Wentz (Azubi) an Herrn Kohmann mit dem Inhalt „hinsichtlich ihrer E-Mail vom 27.01.2020 an Frau von Schwanenflug". Die genannte E-Mail vom 27.01.2020 fehlt.
   f. Ordner 6, S. 1448 02.07.2020 Telefonkonferenz "inhaltliche & politische Abstimmung zur Ausarbeitung der Abwägungsvorschläge" mit Herrn Kohmann, Herrn Kraft, Herrn Dörflinger, Herrn Butt, Herrn Panhorst, Herr Maurer, Herrn RA Dr. Rautenberg, Herr Hauptmann. Kein Protokoll in den Unterlagen
   g. Ordner 6, S. 1544 E-Mail von Herrn Kohmann an Herrn RA Dr. Rautenberg, die in der E-Mail benannten Stellungnahmen an Frau Sobotta fehlt.

Die vorgelegten Akten sind nicht nach einem einheitlichen Aktenablagesystem geordnet. Offensichtlich hat jede/r Beschäftigte die Schriftstücke nach einem eigenen System abgeheftet. Dadurch sind die Unterlagen zum Teil unübersichtlich und teilweise nicht einfach nachvollziehbar.

Daraus haben sich für die Fraktionen folgende Fragen ergeben:

1. Es wurden die Ordner 4, 6, 9, 11 und Handakte Kraft vorgelegt. Was ist mit den übrigen Ordnern (1-3, 5, 7-8, 10 und ggf. 12ff.)?
2. Wer hat die Anwälte im Auftrag der Stadt beauftragt und warum sind die Vollmachten nicht den Akten beigefügt?

3. Weshalb war der zuständige Stadtrat Herr Kraft weder passiv noch aktiv in die Vorgänge involviert bei einem Projekt von solch wesentlicher Bedeutung für die Stadt Rüsselsheim?
4. Warum gab es auf die Mail vom 12.02.2020 von Herrn Kraft an Herrn Kohmann „Können Sie über unseren Anwalt eine Stellungnahme einholen, ob wir a) die Straßen gegen den Willen der Eigentümer herausparzellieren und ihnen dann zur Herrichtung die Kosten anlasten können" keine Antwort auf einen erteilten Auftrag von Herrn Kraft an Herrn Kohmann
5. Am 13.02.2020 in der HA von Herrn Kraft eine Mail von Herrn Kohmann an Herrn Dörflinger, Herrn Panhorst, Herrn Butt, Herrn RA Dr. Rautenberg, Herrn Hauptmann und Frau Adamek bezüglich der Änderungsanträge von den Punkten
   2c zum Erhalt der Brücke B16 zwischen B19 und A8 und
   2g Formulierung zum Denkmalschutz
   Danach gab es keinen weiteren Bezug mehr
6. Am 17.02.2020 in der HA von Herrn Kraft eine Mail von RA Dr. Rautenberg an Herrn Kohmann mit Hinweis auf ein Telefonat. Eine Gesprächsnotiz liegt den Akten nicht bei.
7. Aus welchem Grund gab es im Zeitraum 19.05.2020 – 17.07.2020 keinen Schriftverkehr?
8. Ordner 11, Seiten 660/670 Anmerkung zum Beschluss der STVV.
   - Eine Mail von Herrn Dr. Rautenberg an Herrn Butt in cpy Herr Kohmann. „Ich habe mir mit Herrn Kohmann die von Ihnen auf Grund der Beschlusslage vorgenommenen Änderungen angeschaut:
   Anmerkung Punkt 3: Dabei sind mir noch einmal 2 Punkte aufgefallen, die Schwachstellen für die Stadt sein können. Änderung Ziffer 5.6
   - Mail von Herrn Butt an Herrn Dr. Rautenberg: Mit der Bitte um einen Vorschlag
   - Mail von Herrn Dr. Rautenberg an Herrn Butt: mit der Änderung der Ziffer 5.6
   Order 11, Seite 657 Mail von Herrn Dr. Rautenberg an Herrn Butt cpy Herr Kohmann
   In der Anlage der geringfügig überarbeitet städtebauliche Vertrag, der so mit unserer Mandantin abgestimmt ist.
   Warum wird in dieser Mail von der Mandantin gesprochen? In den Mails davor und danach, wird nur Herr Kohmann benannt. Mit wem wurde die Änderung innerhalb der Verwaltung noch besprochen?
9. Anfangs gab es sehr regen E-Mail-Verkehr mit den Anwälten, später ist nur noch die Rede von „Diskussionen mit den Juristen" (s. Ordner 11, S. 649). Weshalb gab es plötzlich keinen Schriftverkehr mehr?
10. Am 19.05.2020 (HA Kraft) gibt es das erste Mal eine Frage (handschriftlicher Vermerk) von Herrn Kraft, was das Rechtsamt zu den Konsequenzen für das Verfahren sagt. Warum wurde das Rechtsamt nicht bereits vorher eingebunden?
11. Warum wurde das Rechtsamt der Stadt Rüsselsheim nicht in den gesamtheitlichen Prozess mit eingebunden?
12. Ordner 11 am 19.5.2020 von Herrn Kohmann an Herrn Kraft, letzter Hinweis zur Mail vom 19.3.2020 über das Versäumnis der Verwaltung keinen Übernahmeanspruch für die „Verkehrsflächen". Warum gibt es keine Antwort von Herrn Kraft?
13. In der HA von Herrn Kraft am 12.07.2020 über die Chronologie zum städtebaulichen Vertrag schrieb Herr Kohmann mehrfach den Hinweis das Herr Kraft nie in CC gewesen war. Ist ein solches Vorgehen normal?

14. Ordner 6, S. 1565, 18.03.2020 E-Mail von Herrn Kohmann an Herrn Kraft und Frau Jenal
    Gemäß Aussage von Herrn Kraft im Akteneinsichtsausschuss wurde hier eine städtebauliche Beratung angefordert. Warum wurde eine städtebauliche Beratung bei einem externen Ingenieurbüro angefordert? Das Ergebnis der Beratung ist aus den Unterlagen nicht zu entnehmen.
15. In der HA Kraft wird am 15.06.2020 eine neue Kanzlei (Kanzlei Mehler) benannt. Aus welchem Grund wurde erneut eine Kanzlei beauftragt? Warum wurde das Rechtsamt zu diesem Punkt erst nachträglich eingebunden?

Aus den vorliegenden Akten ergibt sich folgendes Bild:

Laut Aktenlage empfiehlt RA Dr. Rautenberg in der Mail vom 24.2.2020 an Herrn RA Butt mit Kopie an Herrn Kohmann -in Abstimmung mit der Mandantin- die Einfügung der beiden §§ 5.6 und 5.7 in den städtebaulichen Vertrag. Dies geschah nach der Verabschiedung in der Stadtverordnetenversammlung.

Es ist aus den vorgelegten Akten weiterhin nicht zu erkennen, ob und in welchem Umfang sich der zuständige Dezernent und damit politisch Verantwortliche Stadtrat Herr Kraft nach dem Beschluss der StVV am 13.02.2020, um die Umsetzung der beschlossenen Anträge der StVV gekümmert hat. Des Weiteren ist unklar, ob eine Sachstandsabfrage durch Stadtrat Herr Kraft erfolgte und ob er in das Projekt eingebunden war bzw. er in Eigenverantwortung Informationen eingeholt hat.

Aus der vorliegenden Aktenlage geht nicht hervor, wie der zuständige Stadtrat Herr Kraft von der Änderung des städtebaulichen Vertrages Kenntnis erlangt hat. Schließlich hat Stadtrat Kraft die auf der Homepage der Stadt Rüsselsheim am Main veröffentlichte Bekanntmachung des Magistrats der Stadt Rüsselsheim am Main am 25.03.2020 verfügt (gem. Kurzexpertise der Kanzlei Baumann Rae, s. Handakte Kraft, S. 132).

Aus diesem Grund kommen die Mitglieder des Akteneinsichtsausschusses mehrheitlich zu folgendem Ergebnis:

RA Dr. Rautenberg hat Vertragsergänzungen vorgeschlagen und mit Herrn Kohmann besprochen. Laut den vorgelegten Akten hat der Stadtrat Herr Kraft erst durch den Antrag der Linken/ Liste Solidarität Kenntnis erlangt.

Des Weiteren, dass der Stadtrat Herr Kraft weder die nachträgliche Einfügung zweier Paragraphen in einen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Text, noch die dadurch versuchte Festlegung künftiger Stadtverordnetenversammlungen verhindert hat, ist nach mehrheitlicher Ansicht des Akteneinsichtsausschusses als Pflichtverletzung anzusehen.

Die Verwaltung entwickelt einen Leitfaden, in dem unter anderem geregelt wird

1. Wie bei Abweichungen von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vorzugehen ist,
2. Inwiefern Vorgesetzte einzubinden sind und
3. Wann und wie das Rechtsamt der Stadt Rüsselsheim eingebunden werden muss

Des Weiteren empfiehlt der Akteneinsichtsausschuss folgende Punkte:

1. Die Akten sind zukünftig nach Aktenordnung (gem. Erlass zur Aktenführung des Landes Hessen, ist diesem Bericht beigefügt) zu führen, um eine vollständige und transparente Dokumentation zu gewährleisten.
2. Regelmäßige Fortbildungen für die Fachbereichsleitung
3. Einrichtung einer Projekt-Gruppe bei Groß-Projekten

Es wird erwartet, dass die Empfehlungen des Akteneinsichtsausschusses zeitnah umgesetzt werden.

Fazit:

Die Ausschussmitglieder hätten von dem zuständigen Stadtrat Nils Kraft bei diesem Projekt deutlich mehr Engagement und Verantwortung erwartet.

Eine eindeutige Klärung konnte anhand der Aktenlage nicht herbeigeführt werden.

Die Akteneinsicht ist auftragsgemäß erfolgt. Der Akteneinsichtsausschuss beendet mit diesem Bericht seine Arbeit.

gez. Stefanie Kropp

Fraktion
Rüsselsheim

SPD

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

10.02.2021

Stellungnahme der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen zum Bericht des Akteneinsichtsausschusses

Allgemeine Feststellungen zum Inhalt der Akten

Zu den vorliegenden Akten

Die Akten scheinen vollständig und ergeben ein Gesamtbild. Neben der E-Mailkommunikation gab es wohl Telefongespräche, direkte Gespräche und weitere Kommunikationswege, die nicht in Akten abgebildet sein können.

Städtebaulicher Vertrag

Aufgrund einer Vielzahl von Änderungsanträgen zum Bebauungsplan mussten diese nach Beschlussfassung korrespondierend in den städtebaulichen Vertrag eingearbeitet werden.

Aus Sicht der Fachverwaltung entsprachen alle Änderungen der Intention der Stadtverordnetenversammlung. Das Rechtsamt vermerkt hierzu am 15.06.2020 „Vertretbar ist in Bezug auf die nachträgliche Änderung des Entwurfs des städtebaulichen Vertrages, dass die Verhandlungen vom Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung getragen waren, da sie zu Gunsten der Stadt verhandelt wurden". Dies gilt auch für die nach der Beschlussfassung eingefügten §§ 5.6 und 5.7. Mit Beschlussfassung vom 25.06.2020 hat die Stadtverordnetenversammlung diese Haltung inhaltlich bestätigt und diese Punkte im städtebaulichen Vertrag ergänzt.

Hierzu ist festzuhalten: Die Ergänzung in § 5.6 und § 5.7 geht zurück auf einen nach Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung eingegangenen Hinweis der Rechtsberatung (Dr. Rautenberg), die die Einarbeitung dringend anregt, um möglichen Schaden von der Stadt abzuwenden.

Ein Aufstellungsverfahren dieser Komplexität ist, laut der Stellungnahme der mit der Prüfung beauftragten Rechtsanwaltskanzlei Haldenwang, fehleranfällig.
Die Akten stellen den Sachverhalt so dar, wie von der Fachverwaltung und dem Magistrat bereits in öffentlicher Sitzung vorgetragen. Neue, für die Sache relevante Sachverhalte, ergeben sich aus den Akten nicht.

Fraktion Rüsselsheim

SPD

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Rolle des Dezernenten

Der zuständige Dezernent Nils Kraft wurde weder durch seine Fachverwaltung noch durch den Rechtsberater in Kenntnis über die nachträgliche Änderung des städtebaulichen Vertrags gesetzt. Erst durch den Antrag der „Linke, Liste Solidarität" erhielt er davon Kenntnis. Nach Kenntniserlangung betrieb er umgehend Sachaufklärung. Mit Schreiben vom 17.09.2020 informierte Stadtrat Kraft den Dienststellenleiter Oberbürgermeister Bausch über die Erkenntnisse der Sachaufklärung.

Fazit

Die Ablagestruktur in der Fachverwaltung ist zum Teil unübersichtlich. Auf der Ebene der Fachbereichsleitung fehlte die nötige Sensibilität für formale Abläufe in der städtischen Verwaltung und der Kommunikation zu den politisch handelnden Personen und Gremien. Dies wurde seitens des Dezernenten erkannt und aus dem Vorgang wurden angemessene Konsequenzen gezogen und Maßnahmen zur Vermeidung von Wiederholungen eingeleitet.

Bewertung des Berichts des Akteneinsichtsausschuss

Der Bericht des Akteneinsichtsausschusses ist tendenziös und vielfach spekulativ. Er bewertet weit weniger was in den Akten steht, als das was Teile des Ausschusses in vermeintlich fehlenden Akten vermuten. Der Bericht verliert sich in Details, so wird Fehlern bei der Erstellung der Arbeitskopien Raum eingeräumt und vermeintlich fehlende Mail-Anhänge kritisiert. Hingegen finden wichtige Dokumente, z.B. eine Stellungnahme der Anwaltskanzlei Haldenwang, aber auch der Bericht von Stadtrat Nils Kraft an den Oberbürgermeister Udo Bausch keine Erwähnung. Auf den Hinweis, die anwaltliche Stellungnahme in den Bericht aufzunehmen, antwortete die Ausschussvorsitzende, dass sie diesen in den Akten nicht gesehen habe.

Der Bericht des Akteneinsichtsausschuss spiegelt ein politisches Mehrheitsvotum im Angesicht der bevorstehenden Kommunalwahl wieder. Anträge der Minderheit wurden vielfach nicht berücksichtigt. Somit wurde der finale Bericht auch nicht einstimmig verabschiedet.

Sanaa Boukayeo
Fraktionsvorsitzende
SPD

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Marktplatz 4
FON 06142/1624998
MAIL Fraktion@liste-solidaritaet.de
INTERNET www.linke-liste-solidaritaet.de
Fraktionsvorsitzender
K.-H. Schneckenberger
Rathausstr.4
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 10.2.2021

An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
z.H. Fr. Breunig

Änderungsantrag zur DS 834

Die SVV beschließt, die Neubauten der beiden Kitas im Energiestandard KfW 55 durchzuführen.

Begründung:

mündlich

Für DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

K.-H. Schneckenberger

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 10.02.2021

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
zur Drucksache 834 / 16-21
Neubauten Kita Hans-Sachs-Straße und Kita Georg-Jung-Straße
hier: Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen nach Abschluss der Vorentwurfsplanung

1.) Die Vorplanungen in Höhe von je 6 Millionen € werden nicht weiterverfolgt

2.) Der Magistrat wird beauftragt die bestehenden Planungen für die Ausschreibung einer Modulbauweise nach KFW 40 Standard vorzubereiten und

3.) Diese in einem Vergabeverfahren (beschränkte Ausschreibung mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb) durchzuführen.

4.) Der Bauantrag für beide Kitas wird parallel zur Ausschreibung eingereicht.

5.) Eine Förderung der Planungs- und Baubegleitungsleistungen (inkl. Nachweis des KfW-Effizienzgebäudes) sind bei der KfW zu beantragen.

6.) Ab dem 01.07.2021 werden die neuen Förderkredite und Zuschüsse der „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)“ für die beiden Kita nach Kfw40 Standard beantragt.

7.) Die Vergabe/Vertragsunterzeichnung erfolgt nach dem Antrag bei der KfW und damit nach dem 01.07.2021

8.) Die Fertigstellung der beiden Kitas wird für Ende 2022 geplant und nicht wie in der Vorlage angegeben im 2.Quartal 2023.

9.) Der Magistrat bemüht sich um weitere Fördermittel für beide Kitas von Land und Bund

Begründung:

Am 27.06.2019 hat diese Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen den Klimanotstand ausgerufen.

Um als Stadtverordnetenversammlung nicht nur Worte sondern auch Taten folgen zu lassen, sehen wir die beiden Neubauten der Kitas als Chance für den Klimaschutz und schlagen eine energieeffiziente Bauweise nach KfW40 vor.

Im Rahmen des Klimaschutzprogrammes 2030 hat die Bundesregierung die Förderung für energieeffiziente Gebäude weiterentwickelt. Die neue „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)" startet bei der KfW zum 01.07.2021. Sie gilt unter anderem für kommunale Gebäude/Kitas.

Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
RÜSSELSHEIM AM MAIN

Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, den 29.01.2021

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rüsselsheim zur DS 834/16-21 Neubauten Kita Hans-Sachs-Straße und Kita Georg-Jung-Straße

Der Passus ‚Energiekonzept' der DS 834/16-21 wird im zweiten Absatz wie folgt geändert:

„Der beschlossene Passivhausstandard wird umgesetzt. Dafür werden Mittel aus dem Corona-Sondervermögen für Klimamaßnahmen beantragt, mit denen Maßnahmen in Klima-Kommunen zu 100% gefördert werden.

Nutzende der Einrichtungen werden in den sachgerechten Umgang mit Bauten in Passivhausweise eingewiesen."

Begründung:

In den Jahren 2021 und 2022 stellt das Land Hessen weitere 4 Millionen Euro aus dem Corona-Sondervermögen für Klimamaßnahmen den Kommunen zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wird die Förderung über die Klima-Richtlinie aufgestockt. Ab 01.01.2021 werden Maßnahmen von hessischen Klima-Kommunen mit 100 Prozent gefördert. Bisher waren es 90 Prozent Förderung. Zur Förderung von investiven Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen erfolgt eine Erhöhung der maximalen Förderbeträge für Kommunen von derzeit 250.000 Euro auf 400.000 Euro.

Es ist deshalb nicht hinnehmbar, dass die Umsetzung des Passivhausstandards aus Kostengründen verworfen wird. Gebäude haben eine auf Jahrzehnte angelegte Lebensdauer und müssen deshalb nach dem Standard gebaut werden, der Ressourcen am effektivsten schont.

Maria Schmitz-Henkes

Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021 – Bericht zu den Nichtbearbeiteten Anträgen und Anfragen in der Wahlperiode 2016 bis 2021

DS-Nr.	

Beschlussnachtrag Ausschüsse

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021 vor sowie ein Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 10.02.2021 hierzu.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 10.02.2021 zum Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„Neuer Punkt 2:

Mit den nicht bearbeiteten Vorschlägen (Anträgen) der Ortsbeiräte wird ebenso verfahren. Zukünftig werden diese in das halbjährliche Berichtswesen einbezogen.

Punkt 2 wird zu Punkt 3."

wird einstimmig **beschlossen.**

Abstimmung über den Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021 einschl. der zuvor beschlossenen Änderung:

Der Antrag der Fraktion WsR:

„1. Der Magistrat legt bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht zu den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen, aber von ihm nicht bearbeiteten Anträgen vor. Der Bericht umfasst einen aktuellen Sachstand zu den Anträgen und die Gründe für die nicht erfolgte Bearbeitung.

2. Mit den nicht bearbeiteten Vorschlägen (Anträgen) der Ortsbeiräte wird ebenso verfahren. Zukünftig werden diese in das halbjährliche Berichtswesen einbezogen.

3. Der Magistrat legt bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht zu den unbeantworteten Anfragen der Fraktionen und Stadtverordneten vor. Der Bericht umfasst einen aktuellen Sachstand zu den Anfragen und die Gründe für die nicht erfolgte Bearbeitung."

wird einstimmig **beschlossen.**

Protokollnotiz:
Herr Stadtv. Metz fragt, wie mit den Anträgen und Anfragen verfahren wird, die nicht bis zum Legislaturende am 31.03.2021 vom Magistrat beantwortet werden können. Werden diese automatisch in die neue Legislatur übertragen oder müssen sie erneut gestellt werden?
Herr Oberbürgermeister Bausch sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Antrag der Fraktion WsR vom 01.02.2021 – Bericht zu den Nichtbearbeiteten Anträgen und Anfragen in der Wahlperiode 2016 bis 2021

DS-Nr.	

Beschlussnachtrag Ausschüsse

Rüsselsheim am Main, den 11.02.2021

Die Schriftführerin:

A. Breunig

Der Vorsitzende:

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher

DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Marktplatz 4
FON 06142/1624998
MAIL Fraktion@liste-solidaritaet.de
INTERNET www.linke-liste-solidaritaet.de
Fraktionsvorsitzender
K.-H. Schneckenberger
Rathausstr.4
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 10.2.2021

An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
z.H. Fr. Breunig

Ergänzungsantrag zum Antrag der WSR-Fraktion

Neuer Punkt 2:

Mit den nicht bearbeiteten Vorschlägen(Anträgen) der Ortsbeiräte wird ebenso verfahren. Zukünftig werden diese in das halbjährliche Berichtswesen mit einbezogen.

Punkt 2 wird zu Punkt 3

Begründung:

mündlich

Für DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

K.-H. Schneckenberger

An
das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

EINGEGANGEN
02. FEB. 2021
Büro Stadtv.versammlung

WsR
WIR SIND RÜSSELSHEIM

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Telefon: 0179 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim, den 01.02.2021

Antrag zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 11.02.2021
Bericht zu den nichtbearbeiteten Anträgen und Anfragen in der Wahlperiode 2016 bis 2021

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat legt bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht zu den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen, aber von ihm nicht bearbeiteten Anträgen vor. Der Bericht umfasst einen aktuellen Sachstand zu den Anträgen und die Gründe für die nicht erfolgte Bearbeitung.

2. Der Magistrat legt bis zum Ende der Wahlperiode einen Bericht zu den unbeantworteten Anfragen der Fraktionen und Stadtverordneten vor. Der Bericht umfasst einen aktuellen Sachstand zu den Anfragen und die Gründe für die nicht erfolgte Bearbeitung.

Begründung:

§18 (7) GO der Stadtverordnetenversammlung
Die Anträge werden mit der Stellungnahme des Magistrats einschließlich seiner Beschlussempfehlung sowie der Stellungnahme der zuständigen Ausschüsse spätestens ¼ Jahr nach der Verweisung des Antrages der Stadtverordnetenversammlung durch den Stadtverordnetenvorsteher/die Stadtverordnetenvorsteherin zur Grundsatzbeschlussfassung weitergeleitet. Erfolgt bis zu dem genannten Termin keine Stellungnahme des Magistrats, werden die Anträge spätestens im vierten Monat nach der Verweisung des Antrages in den Fachausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung beraten.

§22 (4) GO der Stadtverordnetenversammlung
Abweichend von Abs. 3 kann ein Fragesteller den Magistrat auch um eine schriftliche Beantwortung bitten. Sie soll in der Regel innerhalb von 6 Wochen erfolgen.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Anlage: DS 785

Der Magistrat

rüsselsheim am main

VORLAGE

an die
Stadtverordnetenversammlung

Eingang		DS.-Nr.	785/16-21
AuslB	ÄR	SozIJA	KSSpA
PBUA	OBR	HuFA	StV

Betreff: **Halbjährliches Berichtswesen**
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
Bezug: Antrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 02.05.2011

M-Nr.: **330/20**

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung anliegenden Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme zu:

I. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 12. Halbjährlichen Bericht über die von den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 noch offenen, beschlossenen und verwiesenen Anträge und Anfragen zur Kenntnis.

2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass seit dem 11. Halbjährlichen Bericht ebenfalls die verwiesenen noch offenen Haushaltsbegleitanträge der Jahre 2017, 2018 und 2019 abgebildet werden.

II. Begründung

A. Ziel

Ziel des Berichtes ist die Information über die verwiesenen noch offenen Anträge und Anfragen der Fraktionen in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 sowie ebenfalls die noch offenen Haushaltsbegleitanträge der Jahre 2017, 2018 und 2019.

B. Beschlusshistorie

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.10.2012 (DS 162/11-16) legt der Magistrat den im genannten Antrag geforderten Bericht halbjährlich vor. Der vorgelegte 12. Halbjährliche Bericht setzt somit die im 2. Halbjahr 2012 aufgenommene regelmäßige Berichterstattung gemäß der Intention des Antrags fort.

Auf Wunsch der Fraktionen werden seit dem 11. Halbjährlichen Bericht ebenfalls die Haushaltsbegleitanträge fortlaufend ab dem Jahr 2017, also hier 2017, 2018 und 2019 abgebildet.

C. Vorgehen

Grundlage des Berichts ist die vom Büro des Stadtverordnetenvorstehers kontinuierlich fortgeschriebene Übersicht über alle Anträge sowie alle schriftlichen Anfragen der Fraktionen. Dargestellt wird die zeitlich datierte Verweisung der Anträge durch die Stadtverordnetenversammlung an die Ausschüsse. Auf Wunsch der Fraktionen enthält der vorgelegte Bericht nur noch die noch offenen bzw. sich in Bearbeitung befindlichen Anträge bzw. Anfragen.

Die Antrags- bzw. Anfragentexte sowie die Beschlüsse der Drucksachen sind unter den angegebenen Drucksachennummern im Ratsinformationssystem der Stadt (RIS), das allen Stadtverordneten zugänglich ist, enthalten. Dies hat den Vorteil, dass über eine reine Beschlussdarstellung hinaus der gesamte Vorgang eines Antrags mit kompletter Beratungsfolge, d.h. inklusive originalem Antragstext und gegebenenfalls weiterführenden Anlagen sowie mit Beschluss und Abstimmungsergebnis zur Verfügung steht.

Grundlage der Darstellung der Haushaltsbegleitanträge sind die vom Fachbereich Finanzen zur 2. Lesung des Haushaltsentwurfs vorgelegten Auflistungen der Haushaltsbegleitenden Anträge. Auch bei diesen Anträgen werden analog zu der Darstellung der anderen Anträge und Anfragen der Fraktionen ebenfalls nur noch die offenen bzw. sich in Bearbeitung befindenden Anträge abgebildet. Sobald die Anträge sich in den beratenden Gremien - in den Fachausschüssen bzw. in der Stadtverordnetenversammlung - befinden, sind sie in gleicher Form wie die anderen unter den angegebenen Drucksachennummern im RIS als gesamter Vorgang mit kompletter Beratungsfolge enthalten.

Diese Vorgehensweise bietet somit in der Gesamtheit den gewünschten Überblick über den Sachstand der Initiativen von Seiten der Stadtverordnetenversammlung.

D. Kosten: keine

E. Auswirkungen auf das Klima: keine

Anlagen:

Anlage 1: Anträge der Fraktionen (Legislaturperiode 2016 bis 2021)
Anlage 2: Anfragen der Fraktionen (Legislaturperiode 2016 bis 2021)
Anlage 3: Antrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 02.05.2011
Anlage 4: Haushaltsbegleitanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017
Anlage 5: Haushaltsbegleitanträge zum Haushaltsplanentwurf 2018
Anlage 6: Haushaltsbegleitanträge zum Haushaltsplanentwurf 2019

Rüsselsheim, den 20.10.2020

Udo Bausch
Oberbürgermeister

Nr.	Fraktion	Datum d.Anfr.	Betreff	beantw.bis	erledigt/beantwortet

Anfragen der Fraktionen (Legislaturperiode 2016 - 2021)

Nr.	Fraktion	Datum d.Anfr.	Betreff	beantw.bis	erledigt/beantwortet
22	**SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität**	**29.03.2017**	**Finanzkontrolle Hessentag – abweichende Darstellungen Oberbürgermeister/Magistrat**	**10.05.2017**	
27	**SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität**	**07.08.2017**	**Kosten des Hessentages**	**20.09.2017**	
40	**SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke Liste Solidarität**	**27.12.2017**	**AöR-Sonnenwerk**	**07.02.2018**	
62	**FWR/FNR**	**22.08.2018**	**Sachstand DS-Nr. 568/11-16 (Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR)**	**04.10.2018**	
71a	**Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer**	**04.04.2019**	**Details zum Förderantrag kommunale Verkehrssysteme (Anlage 1 der DS 447) Erneuerung der Anfrage vom 14.01.2019**	**17.05.2019**	
78	**CDU**	**13.06.2019**	**Leitung Fachbereich Sport und Ehrenamt**	**26.07.2019**	
79	**WsR**	**16.06.2019**	**Zuständigkeit „Verkehr“**	**30.07.2019**	
89	**Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer**	**19.11.2019**	**Blockheizkraftwerk Max-Beckmann-Weg**	**01.01.2020**	
94	**Die Linke/Liste Solidarität**	**14.01.2020**	**B-Plan 144, Opel-Altwerk**	**25.02.2020**	
96	**CDU**	**06.02.2020**	**Glasfaseranbindung**	**23.03.2020**	

Nr.	Fraktion	Datum d.Anfr.	Betreff	beantw.bis	erledigt/beantwortet
97	Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer	12.02.2020	Budget zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	27.03.2020	
99	WsR	25.02.2020	Standort Städteservice Raunheim Rüsselsheim	07.04.2020	
100	WsR	28.02.2020	Durchsetzung der Impfpflicht für Masern	13.04.2020	
101	Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer	28.02.2020	Neue Bushaltestelle im Evreuxring	13.04.2020	
102	Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer	28.02.2020	Fehlende Arbeitspätze für Stellen in der Stadtverwaltung	13.04.2020	
106	CDU	28.04.2020	„Digitales Rathaus“	10.06.2020	
114	Die Linke/Liste Solidarität	20.05.2020	Pflegekonzept für städtische Grünanlagen	01.07.2020	
115	Die Linke/Liste Solidarität	20.05.2020	Fehlende Bäume auf dem Marktplatz	01.07.2020	
117	WsR	04.06.2020	Masterplan Beleuchtung	17.07.2020	
120	WsR	14.06.2020	Änderung des Städtebaulichen Vertrages zur Motorworld	27.07.2020	
124	Bündnis 90/Die Grünen	09.07.2020	DS 487/16-21: E-Government und Digitalisierung	20.08.2020	
125	SPD	17.07.2020	Sachstand Verkehrssicherheit im Gebiet Blauer See I und II	17.09.2020	
127	Die Linke/Liste Solidarität	14.08.2020	Erneute Anfrage zum Ange bot der Kreis-AWS GmbH zur Übernahme des Rüsselsheimer Wertstoffhofs	25.09.2020	
128	CDU	08.09.2020	Vereine in Rüsselsheim (Förderung, Steuern und Abgaben)	21.10.2020	
129	CDU	10.09.2020	„Clever – Electric – City“	22.10.2020	
130	WsR	29.09.2020	Corona bedingter Ausfall von Erzieherinnen und Erziehern	10.11.2020	

Nr.	Fraktion	Datum d.Anfr.	Betreff	beantw.bis	erledigt/beantwortet
131	**WsR**	**07.10.2020**	**Chemische Altlasten auf dem Gelände des Altwerks und des Opel Werksgeländes und ihre mögliche Migration im Aquifer**	**18.11.2020**	
132	**WsR**	**08.10.2020**	**Häufung von Stromausfällen**	**19.11.2020**	

ANTRÄGE DER FRAKTIONEN (Legislaturperiode 2016 bis 2021) (Anträge zur Verweisung)

Nr.	Fraktion	Betreff	verw. in StV u.an Ausschüsse	Behandl. in Ausschüsse u. StV	Bemerkung
5	SPD	Erstellung eines Pflegekonzeptes für städtische Grünanlagen	03.11.2016 an PBUA	01.03.18 OBR Kö 01.03.18 OBR B 08.03.18 PBUA 22.03.18 StV	**DS 302/16-21** **DS wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genonmmen**
7	ALFA	Vergabe von schulischen Räumlichkeiten	24.11.2016 an KSSpA		
21	CDU	Jährliche Kosten des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe und Auswirkungen auf den städtischen Haushalt	Am 23.11.17 an HuFA		
24	Bündnis 90/die Grünen	Aktionsplan Schultoiletten	22.03.2018 an KSSpA u. PBUA		
25	Die Linke/Liste Solidarität	Verantwortlichkeit für Innerstädtische Baumpflege	17.05.18 an PBUA		
28	CDU	Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Einzelhandelsentwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim	22.03.2018 an HuFA		
30	CDU	Sicherstellung der „freiwilligen“ Zuschüsse an Vereine durch vertragliche Vereinbarungen	21.06.2018 an KSSpA u. HuFA		
31	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität	Energiekonzept Eselswiese	21.06.2018 an PBUA		
32	Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer	Bewohnerparkzone	06.09.2018 an PBUA		
35	SPD	Richtlinien der jährlichen Sportlerehrung aktualisieren	18.10.18 an KSSpA		
36	SPD	Pfandringe in Rüsselsheim	18.10.2018 an PBUA		

ANTRÄGE DER FRAKTIONEN (Legislaturperiode 2016 bis 2021) (Anträge zur Verweisung)

Nr.	Fraktion	Betreff	verw. in StV u.an Ausschüsse	Behandl. in Ausschüsse u. StV	Bemerkung
37	SPD	Grundlage für wirtschaftliche Vergleichsrechnung Werkstoffhof erstellen	15.11.2018 an HuFA		
41	SPD, Bü 90/Grüne, Die Linke/Liste Soli, FW/FNR	Transparentes und partizipatorisches Verfahren zur Namensfindung für die Großsporthalle	16.05.19 KSSpA, HuFA		
44	WsR	Maßnahmen zur Verbesserung der Park- und Lärmsituation im Bereich des Sportplatzes des VfR	16.05.2019 an KSSpA, PBUA		
45	SPD, Bü 90/Grüne, Die Linke/Liste Soli/FW/FNR	Wiederbelebung der Partnerschaft mit den Rüsselsheimer Partnerstädten unter dem Motto „Rüsselsheimer Städtepartnerschaften wiederbeleben“	27.06.2019 an KSSpA, HuFA		
46	FW/FNR, SPD Bü 90/Grüne	Stadion am Sommerdamm „Ausbau zur multifunktionalen Trainings- und Spielstätte“	27.06.2019 an KSSpA, PBUA, HuFA		
49	FW/FNR WsR	Bußgeldkatalog Müllsünder (...für ein sauberes Rüsselsheim) Ergänzungsantrag zum Antrag Nr. 49	27.06.2019 an PBUSA, HuFA		
50	SPD, Bü 90/Grüne, die Linke/Liste Soli, FW/FNR WsR	„Barrierefreies Spielen“ Ergänzungsantrag zum Antrag Nr. 50	27.06.2019 an SozIJA, PBUA		
51	SPD, Bü 90/Grüne, Die Linke/Liste Soli, FW/FNR	Durchgängige Befahrbarkeit des Mainuferweges für den Radverkehr	27.06.2019 an PBUA		
52	Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer	Mögliche Kontamination der Böden unter dem Betriebshof Rüsselsheim	12.09.2019 an PBUA		
54	SPD	Fahrradparkhaus	12.09.2019 an PBUA		

ANTRÄGE DER FRAKTIONEN (Legislaturperiode 2016 bis 2021) (Anträge zur Verweisung)

Nr.	Fraktion	Betreff	verw. in StV u.an Ausschüsse	Behandl. in Ausschüsse u. StV	Bemerkung
58	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FW/FNR	Investitionsprogramm Invest.Nr. 04033700AG Neugestaltung Vorfeld Opelvillen und Festung	24.10.19 an PBUA, HuFA		
59	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FW/FNR	Gelbe Tonnen statt Gelbe Säcke	24.10.19 an PBUA		
60	Bündnis 90/Die Grünen	Errichtung von Neubauten als Passivhäuser	24.10.19 an PBUA		
62	CDU	Gesetzliche Regelung zur Berücksichtigung der Kosten des Betriebes eines kommunalen Krankenhauses in der Kreisumlage	24.10.19 an SozIJA, HuFA		24.10.19 an PBUA
63	CDU	Bericht über Unfallschwerpunkte an Rüsselsheimer Straßenkreuzungen	24.10.19 an PBUA		
64	CDU	Ertüchtigung der sanitären Anlagen und Umkleiden im Stadion am Sommerdamm	24.10.19 an KSSpA, PBUA		
66	CDU	Bericht über die mögliche Schaffung horizontaler und vertikaler innerstädtischer Nachverdichtung	24.10.19 an PBUA		
67	CDU	Begrünung von Dächern der Bushaltestellen in Rüsselsheim am Main	24.10.19 an PBUA, HuFA		
69	WsR	Aktionsplan Waldschwimmbad	24.10.19 an KSSpA, PBUA, HuFA		
72	WsR	Beteiligung am Projekt des Kreises zur Umstellung des ÖPNV auf Brennstoffzellen-	24.10.19 an PBUA		

ANTRÄGE DER FRAKTIONEN (Legislaturperiode 2016 bis 2021) (Anträge zur Verweisung)

Nr.	Fraktion	Betreff	verw. in StV u.an Ausschüsse	Behandl. in Ausschüsse u. StV	Bemerkung
		Busse			
73	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FW/FNR, UL	Verkehrssicherheit im Gebiet „Blauer See I und II“, Königstädten, Rüsselsheim am Main	21.11.2019 an OBR Kö, PBUA		
74	WsR	Prüfantrag Einführung einer Ringlinie der Stadtwerke	13.02.20 an PBUA		
76	Bündnis 90/Die Grünen	Schulsozialarbeit	10.09.20 an SozIJA u. KSSpA	25.08.20 SozIJA 26.08.20 KSSpA	
77	CDU	Anwohnerparkzonen / Anwohnerparkausweise			
78	WsR	Erlass einer Beleuchtungssatzung und Richtlinien zur Reduzierung der Lichtverschmutzung			
79	WsR	Legalisierung des Gehwegparkens			

Liste der verwiesenen noch offenen Haushaltsbegleitanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017

Antrag	Antrag-steller	Betreff	Stellungnahmen	Zuständigkeit
58	SPD, WsR, Grüne, Linke	**Marktwesen**	offen	F 10
59	SPD, WsR, Grüne, Linke	**AöR**	offen; Getrennte Kostendarstellung; evtl. Bearbeitung mit Evaluation Städteservice	Städteservice AöR
60	SPD, WsR, Grüne, Linke	**Bäder**	offen; erneute Bearbeitung der DS Bäderkonzept (Jan. 2018) steht aus,	I 52
62	SPD, WsR, Grüne	**Sporthallensanierungs- und –entwicklungskonzept**	offen; März 2018 Arbeit der diesbez. AG noch nicht abgeschlossen	I 52 F 5
64	SPD, WsR, Grüne, Linke	**Gastronomiekonzept Landungsplatz/Mainvorland**	offen;	F 1.3 F 2
65	Linke	**Reinigung und Pflege Ostpark**	offen; Bearbeitung mit Evaluation Städteservice	F 6 Städteservice AöR

Liste der verwiesenen noch offenen Haushaltsbegleitanträge zum Haushaltsplanentwurf 2018

Antrag	Antrag-steller	Betreff	Stellungnahmen	Zuständigkeit
15	JugHA	**Schulsoziarbeit an Gymnasien**	offen	F 8
61	SPD, Grüne, Linke	**Zweitwohnungssteuer**	offen, da nur Zwischenbericht Mag 406/18; 18.12.2018; STV 07.03.2019	F3
37	SPD, WsR, Grüne, Linke	**Grundschule Königstädten, Fortsetzung der Planung**	offen; Prozess mit allen Beteiligten läuft	F 5
74	WsR	**Bildung einer Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Produkthaushalts**	offen	F 3
76	CDU	**Erweiterung der Darstellung der Einzelkontenübersicht**	offen	F 3
77	SPD, WsR, Grüne, Linke	**Darstellung Haushalt**	offen	F 3
79	SPD, WsR, Grüne, Linke	**Interkommunale Zusammenarbeit - AöR Städteservice**	offen;	F 1
86	FDP	**Darstellung des Haushalts der Stadt Rüsselsheim**	offen	F 3

Liste der verwiesenen noch offenen Haushaltsbegleitanträge zum Haushaltsplanentwurf 2019

Antrag	Antragsteller	Betreff	Stellungnahmen	Zuständigkeit
21	Jugendhilfe-ausschuss	**Tagespflegepersonen**	Offen; Zwischennachricht an JHA Anfang 20	F 8 Avisiert STV 2./3. Quartal 20
27	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke	**Fahrgastzahlen der Buslinien der Stadtwerke Rüsselsheim**	offen;	LNO
29	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke	**Fortschreibung Nahverkehrsplan**	offen;	LNO
30	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke	**Fortschreibung Sportentwicklungsplan**	offen;	I 52
31	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke	**Konzeption von Schulhofgestaltung**	offen;	F 6 F 8
32	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke	**Städtischen ÖPNV attraktiver gestalten**	offen;	LNO
33	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke	**Richtlinien der jährlichen Sportlerehrung aktualisieren**	offen; avisiert für Mai 2020	I 52
36	CDU	**Arbeitsgruppe für Produktziele und Kennzahlen sowie Struktur des Haushaltsplans**	offen;	F 3
40	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	**Entwicklung eines Konzepts für ein mobiles Stadtbüro**	offen;	F 10
50	WsR	**Parkhäuser Frankfurter Straße und Löwenplatz sollen vor der Sanierung verkauften werden**	offen	F 5
58	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	**Finanzplanung Opel - Villen**	Mag. 30.06.2020; HuFA 29.09.20	II/D Avisiert STV 2./3. Quartal 20

Anfragen und Mitteilungen

DS-Nr.	

Beschlussnachtrag Ausschüsse

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Gemäß Vereinbarung im Ältestenrat werden die Anfragen schriftlich vorgelegt.

Es liegen die beigefügten Anfragen der CDU-Fraktion vor.
Diese werden vom Magistrat schriftlich beantwortet.

Rüsselsheim am Main, den 11.02.2021

Die Schriftführerin:

A. Breunig

Der Vorsitzende:

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 09. Februar 2021

Anfragen der CDU-Fraktion
zum Tagesordnungspunkt 13 „Anfragen & Mitteilungen" der
Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 2021

Innenstadtwache:
Im Nachgang zu einem Gespräch zwischen der CDU-Fraktion und Herrn Lars Maruhn, Polizeipräsidium Südhessen / Personalrat & Kreisvorsitzender (Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB), stellen wir folgende Fragen an den Magistrat:

1.) Gibt es in der Innenstadtwache eine eigene Telefonanlage?

2.) Seit wann gibt es in der Innenstadtwache einen Internetanschluss?

3.) Wird der interne Stadtpolizeifunk in der Innenstadtwache empfangen?

4.) Haben die mobilen Endgeräte (wie z.B. Handys) guten Netzempfang in der Innenstadtwache?

5.) Wurden die Räumlichkeiten vor Ort seitens des Personalrates und des Landeskriminalamtes abgenommen?

6.) Welche Vorgaben gibt es um die Innenstadtwache vor Ort sicher zu gestalten?

Denkmalbeirat:
Aufgrund der aktuellen Corona Situation wurde nach Kenntnis der CDU-Fraktion die geplante Sitzung des Denkmalbeirates am 17.02.2021 abgesagt.

7.) Wird der Denkmalbeirat in dieser Wahlperiode nochmals zusammen kommen?

8.) Besteht die Möglichkeit die Sitzungen des Denkmalbeirats als digitale Sitzung stattfinden zu lassen?

Hundekotbeutelspender bzw. -behälter / Mainvorland:
Anlässlich eines Anwohnergespräches mit einem Anwohner und jungen Vater aus der Straße „Am Maindam“ wurden wir darauf hingewiesen, dass im Bereich des Mainvorlandes zwischen Landungsplatz und Opel-Steg der Wiesenbereich massiv mit Hundekot verschmutzt ist. Ebenfalls wurde uns mitgeteilt, dass es in diesem Bereich kein Spender für Kottüten gibt.

9.) Besteht die Möglichkeit, dass im o. g. Bereich ein Hundekotbeutelspender bzw. –behälter ebenfalls aufgestellt wird?

Umsetzungsstand / Tätigkeitsbericht:
Zur Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019 wurde unter TOP 22 ein Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2019 - Verbesserung der Klimaschutzziele in Rüsselsheim, behandelt und beschlossen.

10.) Der Magistrat möge über den Umsetzungsstatus des Beschlusses berichten.

Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 11. Februar 2021

++ Ergänzung ++

Anfragen der CDU-Fraktion
zum Tagesordnungspunkt 13 „Anfragen & Mitteilungen“ der
Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 2021

Auf Grund der auf Facebook veröffentlichten Information zu Baumfällungen stellt die CDU-Fraktion folgende Anfrage an den Magistrat:

Auf dem Waldfriedhof müssen die nächsten Jahre an die 70 Bäume getauscht werden, am Horlachgraben 43.

1. Werden diese Zahlen nur aus der ÄÖR erhärtet?
2. Welches Amt ist involviert?

Rüsselsheim.de
25 Mrz.

Baumfällungen am Horlachgraben

Am Horlachgraben werden Baumpflegearbeiten ausgeführt. Betroffen ist ein 1.3 Kilometer langer Abschnitt im Bereich der Becken 5 und 6 zwischen Keplerring und der Mönchbruchstraße. In einem waldartigen Randstreifens entlang des Geh- und Radwegs müssen aus Gründen der Verkehrssicherung auch 43 Bäume gefällt werden. Die Bäume sind großenteils bereits abgestorben und durch baumpflegerische Maßnahmen nicht mehr in einen verkehrssichern Zustand zu bringen. Ein Teil der Bäume wird stark zurückgeschnitten, sie bleiben aber als so genannte „Habitatsbäume“, auch Biotopbäume genannt, bestehen. Mit ihrer Vielzahl an besonderen Strukturen bieten sie Lebensräume für zahlreiche Pflanzen-, Tier- und Pilzarten.

Festgestellt wurden die Schaden im Rahmen der Baumkontrolle durch den Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR. Die Arbeiten beginnen noch in dieser Woche und sollen bis Ende Februar aufgrund der dann beginnenden Brut- und Setz- Zeit abgeschlossen sein.

Foto: Stadt Rüsselsheim am Main / Frank Hüter

Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender